

Bericht aus der Gemeinderatsitzung vom 29.11.2021

Bürgerfragestunde

Seitens der Bürgerschaft wurden keine Fragen an die Verwaltung gestellt.

Bekanntgabe nicht öffentlich gefasster Beschlüsse

In der vergangenen Sitzung am 22.11. wurden keine Beschlüsse gefasst. Sie diente lediglich der Vorberatung.

Forstbetriebsplan 2022

Der Leiter des Kreisforstamtes Sprich und Herr Revierleiter Butschle brachten den Forstbetriebsplan 2022 ein. Darin werden einerseits die Ausgaben, beispielsweise für die Unterhaltung von Waldwegen, Bestandspflege und die Kosten für den Einschlag beschlossen. Andererseits wird der beabsichtigte Hiebsplan, in dem festgelegt wird, wie viel Holz an welchen Stellen eingeschlagen wird, festgesetzt. Insgesamt werden 3.300 Festmeter abgeholzt. Im Gegenzug dazu verjüngt sich der Wald aber auch natürlich und durch Aufforstung. 2022 werden beispielsweise 2.700 Fichten und, 650 Kirsche, 200 Buchen und 150 Eichen gepflanzt. Der Gemeinderat befasste sich damit, ob die Fichte angesichts des Klimawandels und zunehmend trockener Sommer noch geeignet sei. Herr Butschle bekräftigte dies, selbst als Käferholz ist die Fichte gut einzusetzen und bindet schnell sehr viel Co₂, was ihr eine gute Klimabilanz bestätigt. Der Gemeinderat stimmte dem Forsteinrichtungsplan einstimmig zu, der mit 175.000 Euro Ausgaben und 267.900 Euro Einnahmen abschließt. Die Verwaltung bedankte sich für die gute Zusammenarbeit mit dem Kreisforstamt und für die hervorragende Betreuung des Reviers Trossingen.

Variantenuntersuchung zur Sanierung der Tribüne am Stadion

Im Jahr 2020 wurden Schäden an der Tribüne im Stadion aufgenommen. Die Kosten für die Sanierung der Tribüne wurden mit 250.000 Euro beziffert. Ein Förderantrag für die Sportstätte wurde leider abgelehnt, so dass die Summe 2021 neu und vollständig veranschlagt werden musste. Wie sich zeigte, dass die Schäden an den sicherheitsrelevanten Trägern schlimmer, als zunächst angenommen waren. Die Kosten für die komplette Sanierung des Daches würden 335.000 Euro betragen. Eine zweite Variante würde nur eine Teilsanierung der Betonstufen und des Daches auf einer Länge von 25, der 60 m vorsehen und 237.000 Euro kosten. Der Gemeinderat hat sich dafür ausgesprochen, die Betonstufen komplett zu sanieren und das Dach auf 25 m zu verkleinern. Einerseits bietet das Dach aufgrund der Ausrichtung der Tribüne leider ohnehin keinen Sonnenschutz. Bei Regenwetter wird die Tribüne in der Regel aber nicht auf ganzer Länge benötigt, weil weniger Zuschauer kommen. Der Gemeinderat regte an, in den neuen Betonstufen Hülsen für Sonnenschirme vorzusehen. Die Verwaltung nahm diesen Vorschlag auf.

Einbringung Haushaltsplan 2022

Dezernatsleiter Henninger brachte den Haushaltsplan 2022 ein. Städten und Gemeinden im ganzen Land steht ein schwieriges Jahr bevor. Es gelingt kaum, die großen Investitionen im Bildungs- und Betreuungsbereich zu stemmen. Dies gilt sowohl investiv, was sich bei steigenden Kreditaufnahmen, als auch bei Personalkosten bemerkbar macht und gerade die Stadt Trossingen, mit einer sehr jungen Bevölkerung, vor große Herausforderungen stellt. Für 2022 wird ein negatives Ergebnis in Höhe von 4,6 Mio. Euro erwartet. Es gelingt nicht, mit laufenden Einnahmen aus Gebühren, Steuern und Zuweisungen die laufenden Ausgaben und rund 3 Mio. Euro Abschreibungen für erfolgte Investitionen zu erwirtschaften. Auch

der Bereich der Investitionen weist einen Finanzierungsmittelbedarf in Höhe von rund 8,9 Mio. Euro aus. Es sollen rund 13,6 Mio. Euro investiert werden. Einen Investitionsschwerpunkt bilden die Schulen mit rund 3,3 Mio. Euro, insbesondere für die Mensa an der Realschule aber auch Sanierungsmaßnahmen am Gymnasium und der Digitalisierung aller Schulen. In der Fritz-Kiehn-Halle sollen 2022 endlich die Duschbereiche für rund 840.000 Euro saniert werden. Auch die Tribüne im Stadion wurde entsprechend im Haushaltsplan veranschlagt. Damit stellt auch der Bereich Sport einen Investitionsschwerpunkt dar. Investiv ist auch noch die Rathaussanierung mit 2,0 Mio. Euro zu erwähnen. Für Straßen- und Radwegebau sind rund 1,1 Mio. Euro vorgesehen. Die Stadt Trossingen investiert auch in Maßnahmen des Klimaschutzes und stellt 1,35 Mio. Euro für die Umrüstung der Straßenbeleuchtung bereit. Diese Maßnahme wird sich durch sinkende Stromkosten allerdings in weniger als einem Jahrzehnt amortisiert haben. Bei den Kindergärten sind 2022 noch Ausgaben am Kindergarten Albblick in Höhe von rund 820.000 Euro zu tätigen. Aller Voraussicht nach, werden für all diese und viele kleinere Projekte Kreditermächtigungen in Höhe von 3,17 Mio. Euro benötigt. Der Gemeinderat berät am 06. Dezember erneut über den Haushalt und wird diesen dann voraussichtlich in der Sitzung vom 20. Dezember beschließen. Den vollständigen Haushaltsplan mit allen geplanten Maßnahmen finden Sie dann auf der Homepage der Stadt.

Grundsatzbeschluss zur Rathaussanierung

In der öffentlichen Gemeinderatsitzung vom 11.10.2021 hat die Stadtverwaltung den Sanierungs- und Erweiterungsbedarf der Stadtverwaltung aufgezeigt. Einerseits ist die Stadt seit 1981, dem Baujahr des Anbaus an das Rathaus, deutlich gewachsen. Andererseits wuchsen auch die Aufgaben, so dass quantitativ zu wenige Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Qualitativ ist das Gebäude in weiten Teilen leider nicht barrierefrei und hält den baulichen Anforderungen an Datenschutz und Diskretion leider nicht mehr Stand. Zudem ist der Anbau energetisch in schlechtem Zustand – er verbraucht mehr Energie als der historische Teil des Gebäudes. Auch ist die Fassade leider nicht mehr dicht und es fehlt für den beengten Sitzungssaal ein zweiter Rettungsweg.

Fest steht, dass das historische Rathaus denkmalgeschützt ist und somit Dreh- und Angelpunkt aller Überlegungen darstellt. Wünschenswert wäre, möglichst viele Dienstleistungen in räumlicher Nähe erbringen zu können. Die Stadt hat für eine mögliche Erweiterung viele Alternativen. Sie hat Räume im Birkareal erworben, sie ist Eigentümerin des geschotterten Parkplatzes am Hohner-Areal, die ehemalige Schule des Lebens befindet sich in städtischem Besitz und die Stadt hätte die Möglichkeit auf dem Gelände der Stadtwerke das historische Elektrizitätswerk umzubauen. Da nicht alle Varianten untersucht werden können und sollen, verständigte man sich auf ein Ausschlussprinzip. Im ersten Schritt ist zu entscheiden, wie mit dem Anbau umgegangen werden soll.

Es wurde untersucht, was ein Abriss und ein Neubau, die Sanierung oder eine Sanierung mit Aufstockung des Anbaus kostet und ein Verhältnis zwischen Bausumme pro Arbeitsplatz gebildet. Eine Sanierung würde rund 8,3 Mio. Euro kosten. Da das Areal im Sanierungsgebiet liegt, würde die Stadt aber 36% Zuschüsse erhalten. Bei der Variante Aufstockung ist ungünstig, dass das Gebäude in Halbgeschossbauweise errichtet wurde. Es entstehen zum Mehrpreis von rund 1,3 Mio. Euro nur 8 neue Arbeitsplätze. Ein Neubau würde rund 11,4 Mio. Euro kosten. Allerdings könnte er nicht wesentlich größer werden. Denn die angrenzenden

Parkflächen gehören dem Land und sollten als grüne Lunge für die Stadt erhalten bleiben.

In Summe erscheint also die Sanierung als wirtschaftlichste Lösung. Weiterhin fehlende Arbeitsplätze, z.B. für das derzeit in die Stadtwerke ausgegliederte Baurechtsamt müssen dann weitere Raumpotenziale gehoben werden. Der Gemeinderat folgte der Argumentation der Verwaltung. Allerdings forderte er die Verwaltung auf, Überlegungen anzustellen, wie sich die Arbeitswelt zukünftig verändert und ob Heimarbeitsplätze sich nicht auch auf die benötigten stationären Arbeitsplätze auswirken, diese ggf. reduzieren. Auch herrschte im Gemeinderat noch keine Einigkeit darüber, welche Abteilungen zwingend wieder in das Rathaus zu ziehen sind, wie beispielsweise mit der Wohnbau zu verfahren ist. Die Verwaltung sagt dies zu. Der Gemeinderat hat den Grundsatzbeschluss zur Sanierung einstimmig gefasst.

Weiterhin hat der Gemeinderat sich darauf verständigt, das Gebäude Rosenstraße nicht mehr weiter in die Überlegungen für die Verwaltungserweiterung einzubeziehen. Der anstehenden Schul- und Bildungsentwicklungsplanung sollen damit keine Gestaltungsmöglichkeiten genommen werden.

Auswahlverfahren zur Bestimmung wesentlicher Planer für das Rathaus
Die Sanierungsmaßnahme am Rathaus überschreitet vergaberechtliche Grenzwerte. In der Folge müssen die Architektenleistungen, ähnlich wie sonst handwerkliche Leistungen, ausgeschrieben werden. Diese Betreuung ist durch ein Planungsbüro zu leisten. Der Gemeinderat hat den Auftrag an das Büro Atrium aus Reutlingen vergeben, die sich bereits 2015 mit dem Gebäude befasst haben. Die Vergabesumme betrug 26.721 Euro.

Bekanntgaben und Verschiedenes
Die Verwaltung hatte keine Punkte bekanntzugeben.